

LITERATUR

Was hält Europa in der Krise zusammen? Plädoyer für ein europäisches Gemeinwohl

Hartmut Marhold*

Mit der ihm eigentümlichen Langzeitperspektive auf die europäische Geistesgeschichte belebt der Autor zunächst die Denktradition des ‚Gemeinwohls‘ wieder. Ihm steht die griechische Philosophie dabei ebenso zu Gebote wie die mittelalterliche Theologie, Aristoteles und Thomas von Aquin spielen in diesem Zusammenhang die Hauptrollen. Letzterer insbesondere – zum christlichen Verständnis von ‚Gemeinwohl‘ („bonum commune“) hinführend – wird ausführlich behandelt, allerdings auch in der Distanz eines vormodernen Denkers gehalten. In seiner Auffassung einer vielfältig gegliederten Schöpfung, eines sinnvollen Kosmos, in dem alle Daseinsformen in ein großes Ganzes integriert sind, ist das ‚Gemeinwohl‘ eine Vorstellung, die alle Gestalten menschlicher Gesellschaften einbezieht. Heinrich Schneider gewinnt daraus die Einsicht, dass es keinesfalls nur ein Typus von gesellschaftlicher oder politischer Organisationsform – etwa der ‚Staat‘ (ohnehin im Blick auf das Mittelalter ein anachronistischer Begriff) – sein kann, der Gemeinwohl verbürgt, sondern vielmehr das ganze vielstufige Gebäude von lokaler bis universaler (dem Anspruch nach) politischer (und theologischer) Gewalt. Vormodern bleibt Thomas von Aquin allerdings darin, dass er die Bürgschaft für das Gemeinwohl jenseits der Individuen ansiedelt, bei auf der Ebene von ‚communitas‘, etwa beim ‚regnum‘ (das heißt der Herrschaft auf der Ebene der Königreiche, am nächsten noch dem, was später ‚Staat‘ heißen sollte), aber auch auf der höchsten Ebene, der ‚communitas universalis‘, die die gesamte Menschheit umfasst.

Heinrich Schneider: Europas Krise und die katholische Soziallehre. Herausforderungen und Reformperspektiven, Be&Be-Verlag: Heiligenkreuz 2014, ISBN 978-3-902694-68-3, 227 Seiten, 12,90 Euro.

Gemeinwohl und Staat

Diese Auffassung eines über-individuellen Gemeinwohls ist nach Schneiders Auffassung später vom ‚Staat‘ usurpiert worden, vor allem mithilfe des aus der Theologie entlehnten und illegitimerweise auf den Staat übertragenen Souveränitätsbegriffs. Dieser behauptet den absoluten Vorrang der staatlichen Interessen nicht nur über die Interessen eines jeden anderen Staates, sondern auch über die Interessen seiner individuellen Mitglieder, die unter diesen Umständen konsequenterweise nicht Bürger sein können, sondern Untertanen bleiben müssen. Selbst noch die Übernahme des Staates durch die Nation, mit besonders hohem Symbolgehalt in der Französischen Revolution, habe diese Auffassung in das 19. und bis weit ins 20. Jahrhundert zur grundlegenden Doktrin für jedes Verständnis von Gemeinwohl gemacht, wobei Hegels Verabsolutierung des Staates als dem irdischen Agenten des (Welt-)Geistes eine besonders einflussreiche Stellung zukomme.

Erst der wachsende Widerstand gegen die inhumanen Lebensbedingungen von Massengesellschaften nach der Industriellen Revolution haben zu einem Wandel geführt und das Augenmerk auch und vor allem der katholischen

* Prof. Dr. Hartmut Marhold, Direktor für Forschung und Entwicklung, Centre international de formation européenne (CIFE), Nizza/Berlin.

Soziallehre auf den einzelnen Menschen gelenkt. Letzterer sei infolge dieses Perspektivenwechsels als Subjekt des Gemeinwohls (wieder-)entdeckt worden, sei als ‚Person‘ im gehaltvollen Sinn aufgefasst worden, sei um seiner Menschenwürde willen als unantastbar betrachtet worden. ‚Gemeinwohl‘ sei nun nur noch denkbar als von Personen konstituiertes und koordiniertes, nicht mehr als ihnen aufoktroyiertes, in wessen Namen auch immer. Von den besorgten, mahnenden Enzyklika der („Rerum novarum“ 1891, „Quadragesimo anno“ 1931) bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil (und hier besonders durch die Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“) habe sich diese Person-zentrierte Auffassung in der katholischen Kirche durchgesetzt – wie im Übrigen auch mehr oder weniger deutlich in der evangelischen, das zeigt ein eigenes kleineres Kapitel in Schneiders Buch.

Gemeinwohl und europäische Integration

Ein Gemeinwohl, das die Menschenwürde der Person in den Mittelpunkt rückt und von hier aus auf alle Ebenen menschlicher Gemeinschaftsbildung, von der personalen bis zur universalen, reicht – das ist nach Schneiders Auffassung die Instanz, vor der sich jede politische Organisation rechtfertigen muss. Die Konsequenzen aus dieser Seite der Soziallehre für Europa sind massiv: Zum einen kann eine europäische Gemeinschaft oder Union, da sie über erhebliche Gestaltungsmacht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verfügt, sehr wohl für ein ihr eigentümliches, ein europäisches Gemeinwohl in Anspruch genommen und verantwortlich gemacht werden. Zweitens folgt daraus, dass es keineswegs die Staaten allein sind, die für sich die Verantwortung für das Gemeinwohl in Anspruch nehmen können. Drittens ist eben das Gemeinwohl, nicht aber der Erfolg im Wettbewerb, und schon gar nicht primär oder gar allein im ökonomischen Konkurrenzkampf, der Maßstab für das politische Handeln – auch Europas.

Letztendlich ist diese Besorgnis das Hauptmotiv für Schneiders Buch: die Besorgnis, die europäische Integration verliere sich im Ökonomismus einer neoliberalen Politik und des ihr korrespondierenden Menschenbildes, das an die Stelle der Menschenwürde das angeblich rationale Interesse des ‚homo oeconomicus‘ setzt, der sich selbst nur noch als ‚Humankapital‘ versteht und damit (mehr oder weniger) freiwillig als Person aufgibt. Schneider kritisiert denn auch heftig die Reduktion des Menschen und seiner sozialen und politischen Bezüge und Gemeinschaften auf die ökonomische, marktkonforme, wettbewerbsorientierte Dimension.

Er trägt diese Kritik im Namen der katholischen Soziallehre vor, unter Bezugnahme auf diverse, vor allem päpstliche Stellungnahmen, beginnend mit Warnungen vor der Fokussierung der Europäischen Gemeinschaften auf Wirtschaftsintegration und Markttöffnung in den 1950er Jahren (und Ermutigungen Pius XII. zu supranationaler Gemeinschaftsbildung im Namen eines übernationalen Gemeinwohls) bis hin zu Papst Franziskus’ Kritik an der „Diktatur der Ökonomie“.¹ Zudem erweitert er den Horizont auf ähnliche Einstellungen von anderen Seiten, zunächst der (weniger prägnanten, aber gleichgerichteten) evangelischen Kirchen, dann auch darüber hinaus bis zu Philosophen und (Sozial-)Wissenschaftlern wie Jürgen Habermas oder Anthony Giddens. Die Quintessenz dieser katholischen, evangelischen, christlichen oder aus anderen Gründen an der Menschenwürde orientierten kritischen Perspektive auf Europa ist das Plädoyer für die Etablierung einer Politik des Gemeinwohls auf europäischer Ebene, genauer gesagt: einer ‚polity‘, das heißt eines politischen Gemeinwesens, das seine Legitimität nicht (länger) dem Management des kontinentalen ökonomischen Wettbewerbs verdankt, sondern Ausdruck eines Bewusstseins gemeinsamer politischer Verantwortung ist.

1 Heinrich Schneider: Europas Krise und die katholische Soziallehre. Herausforderungen und Reformperspektiven, Heiligenkreuz 2014, S. 131.

Das gedankliche Scharnier zwischen der normativen Forderung, Politik solle der Reduktion auf den ‚Ökonomismus‘ entkommen und sich stattdessen am Gemeinwohl orientieren (und dieses leite sich aus der Menschenwürde ab, die es auf allen Ebenen menschlicher Gemeinschaft – keineswegs nur auf der nationalen, staatlichen – zu bewahren und zu fördern gelte), und der Forderung nach einem europäischen politischen Gemeinwesen ist für den ganzen Gedankengang des Buches wesentlich: Man könnte ja auch die Frage stellen, ob nicht eine europäische politische Union (und sei sie eine supranationale, föderale Demokratie, wie Schneider sie entwirft) ihrerseits Opfer einer Verengung auf Wettbewerb, Humankapital, Profitmaximierung, kurz ‚Neoliberalismus‘ werden könnte, genauso wie die Staaten es geworden sind. Ausdrücklich und in dieser Zuspitzung stellt Schneider die Frage nicht; aber die Antwort ist implizit deutlich: Die Wirtschafts- und Währungsintegration, bis zu Binnenmarkt und Währungsunion getrieben, hat der europäischen Integration die ökonomistische Schlagseite verpasst, wenn auch durchaus im Interesse der Mitgliedstaaten (die sich auf diese Weise die ‚gute‘ Rolle der Sozialpolitik mittels Redistribution haben sichern können). Mit der Währungsunion allerdings hätten die Staaten, und insbesondere diejenigen unter ihnen, die dem generalisierten Wettbewerb weniger gut standhalten können, die Mittel verloren, sich vor den negativen Effekten dieses Wettbewerbs zu schützen (Schneider nennt zum Beispiel Abwertungen der nationalen Währungen). Dadurch entstehen Disparitäten, die die Europäische Union auseinandertreiben. „Die Überbrückung, als die Annäherung der Volkswirtschaften, funktioniert [...] nicht derart, dass die Marktdynamik selbst die schwächeren effektiv dazu bringt sich ‚zusammenzureißen‘ und aufzuholen. Es handelt sich vielmehr um eine politische Aufgabe. Das verlangt nach einer Regierung.“² Wie eine solche Regierung aussehen könnte, ist das Thema der folgenden Kapitel des Buches.

Gemeinwohl und EU-Institutionensystem

Als Grundlage für seinen Entwurf einer gemeinwohlorientierten europäischen ‚polity‘ wählt Schneider den Begriff der Supranationalität, nachdem er die Orientierung an ‚Bundesstaat‘ und ‚Staatenbund‘ verworfen hat: Letztere seien zu unklar, missverständlich und historisch nicht eindeutig voneinander zu unterscheiden. Auch Staatenbünde hätten beispielsweise Entscheidungen per Mehrheit getroffen, über Zwangsgewalt zur Einhaltung des Bundesrechts, während andererseits Bundesstaaten auch von Fall zu Fall nur für die gemeinsame Sicherheit zuständig seien oder aber sich zu unitarischen Bundesstaaten entwickeln könnten, die Kompetenz-Kompetenz beanspruchen – ein Anspruch, der in wirklich föderalistischen Systemen nicht bestehe und nicht notwendig sei. Supranationalität also – verstanden als legitimes politisches Gebilde, das die Nationen nicht ersetzt, sondern (wie der Begriff andeuten kann) voraussetzt, allerdings übersteigt um eben die Dimension eines übergeordneten Gemeinwohls, das auf diese Weise realisiert werden könne.

Ausgehend von diesem Grundgedanken analysiert Schneider das Institutionensystem der Europäischen Union, in der Absicht, den Anteil an Supranationalität der einzelnen Institutionen zu ermitteln. Die Antwort darauf fällt ihm nicht leicht und kann nicht in jedem Fall eindeutig gegeben werden – so etwa in Bezug auf die Europäische Kommission, die zwar in der Anfangskonstellation der ersten Europäischen Gemeinschaften als supranationales Organ angelegt war, die dafür konstitutive Unabhängigkeit von staatlichen Akteuren aber teilweise eingebüßt hat. Heute vor allem dominiert die intergouvernementale Seite des Institutionengefuges, insbesondere der Europäische Rat, nachdem er sich seit Ausbruch der Krise 2008 (und unter Berufung auf seine neuen Befugnisse nach Maßgabe des Lissabon-Vertrags) zum Zentrum des Krisenmanagements gemacht hat.

2 Ebenda, S. 61.

Ein Neuansatz zur Begründung eines wirklich supranationalen, das heißt also im Rahmen einer föderalen Gliederung unabhängigen, eigens legitimierten, zur Wahrnehmung von europäischem Gemeinwohl befähigten Regierungssystems müsste zurückgreifen auf die ‚raison d’être‘ europäischer Einigung. Nach Schneiders Überzeugung sind das vor allem drei Gründe: Friedenssicherung (unter den Europäern, aber auch nach außen), Sicherung der Demokratie (gegen die Totalitarismen des vergangenen Jahrhunderts, aber heute auch gegen neuere Anfechtungen und Versuchungen) und, eben besonders aktuell, die Sicherung der Menschenwürde (gegenüber den illegitimen Ansprüchen eines ökonomistischen Menschenbildes und seiner gesellschaftlichen Auswirkungen; gezeigt mit starken Zitaten von Papst Franziskus³ zur Tyrannie des Geldes, zur Herrschaft des Rechts des Stärkeren durch Generalisierung des Wettbewerbs, zur Ohnmacht der Staaten gegenüber den Märkten...).

Fazit: Gemeinwohlorientierung versus Ökonomisierung des künftigen europäischen Handelns

Schließlich widmet sich der Autor der Frage, auf welche Weise die gegenwärtige Europäische Union zu einem solchen gemeinwohlorientierten politischen Gebilde umgestaltet werden könnte und weicht dazu der Frage nicht aus, unter welchen Zwängen die derzeitigen Gestalter der Europapolitik stehen, die es ihnen schwer machen, in dieser Richtung aktiv zu werden. Als Fallstudie wählt er die Europapolitik Deutschlands in der Regie-

rungszeit Angela Merkels und vor allem seit Ausbruch der aktuellen Krise. Er zeichnet den Wechsel zwischen ihren widersprüchlichen Standpunkten nach – vom Plädoyer für mehr supranationale Macht (der Kommission) zur Unionsmethode als Alternative zur Gemeinschaftsmethode (und zurück...), und benennt dabei die innen- wie außenpolitischen Anreize und Zwänge, die diese ‚Anpassung‘ an nützlich erscheinende Positionen (halbwegs) verständlich machen können.

Angesichts all dieser komplexen Umstände bleibt der Appell an – eben nicht nur – die ‚Vernunft‘ der politisch Verantwortlichen, sondern auch an die Verantwortung vor allem all derjenigen, die meinungsbildend wirken; und da die Ausgangssituation für Schneiders Buch ein Vortrag im Umfeld katholischer Amtsträger war, richtet sich dieser Appell zuallererst, aber natürlich nicht nur an diese, darüber hinaus vielmehr auch an Wissenschaftler, Pädagogen und vor allem Meinungsbildner in den Medien. Sie alle, von Gewohnheit geleitet mehr als von Zwängen getrieben, sollten sich der Einsicht öffnen, dass Europa, dass humanes Leben in Europa, dass das, was wir unter Menschenwürde verstehen und ja auch im deutschen Grundgesetz als obersten, unbedingt zu respektierenden Grundwert gesetzt haben, vor der völligen Ökonomisierung nur dadurch gerettet werden kann, dass möglichst viele Menschen auf die Herausbildung einer gemeinwohlorientierten, europäischen, supranationalen, föderalistischen und demokratischen politischen Gemeinschaft hinwirken.

³ Ebenda, S. 174-178.